

"Und jetzt alle mitmachen!": ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation

Wagner, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wagner, T. (2012). "Und jetzt alle mitmachen!": ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 32(123), 15-38. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-408940>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thomas Wagner

„Und jetzt alle mitmachen!“

Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation

„je participe, te participe, il participe, nous participons, vous participez, ils profitent.“

Posterspruch aus dem Kontext der Französischen Studentenrevolte, 1968



Partizipation rückt zunehmend in den Rang eines demokratie- bzw. gesellschaftspolitischen Schlüsselthemas. Nicht zuletzt im Zuge größerer Protestbewegungen in verschiedenen Ländern während der letzten Jahre (von der arabischen Demokratiebewegung über die inzwischen in vielen Ländern aufzufindenden Proteste gegen das neoliberale politische Management der Wirtschaftskrise und die Macht des Finanzkapitals bis hin zum Wiedererstarken der Anti-AKW-Bewegung und den Demonstrationen im Kontext der Bologna-Reform oder Stuttgart 21 in Deutschland) hat die Frage nach dem Fehlen oder dem Vorhandensein von adäquaten Beteiligungsoptionen für Bürgerinnen und Bürger an politischen Planungs- und Entscheidungsverfahren an Bedeutung und (mediale) Aufmerksamkeit gewonnen. Grundsätzlich wird die Forderung nach einer Ausweitung direktdemokratischer Mitsprache- und Mitbestimmungsoptionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft jedoch spätestens seit Ende der 1960er Jahre (auch in Verbindung mit unterschiedlichen konjunkturellen Zyklen) in den politischen Raum getragen (vgl. Vester 2011: 84); wobei diese Forderungen in Deutschland durchaus eine gewisse Responsivität erfahren haben: Insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre haben plebiszitäre Elemente in allen Bundesländern Einzug in die Landesverfassungen gehalten und in vielen Fällen sowohl auf Landesebene als auch gerade auf kommunaler Ebene die Möglichkeit direktdemokratischer Beteiligung, z.B. in der Form von Bürgerentscheiden eröffnet (vgl. Bogumil 2004: 113f; Weixner 2006: 107ff; 122ff). Darüber hinaus sind

in den letzten Jahren, wiederum vor allem auf kommunaler Ebene, eine Reihe gesetzlich nicht festgeschriebener Verfahren der Beteiligung von Bürgern an Entscheidungs-, Beratungs- und Planungsprozessen zur Anwendung gekommen, wie z.B. Heimbeiräte, „Runde Tische“, Bürgerforen und -haushalte oder mediativ angelegte Schlichtungsverfahren (vgl. Olk et al 2003: XLIX; Roth 2010: 614).

Auch im Kontext Sozialer Arbeit hält Partizipation Einzug: In Skandinavien gab es bereits zu Beginn der 1980er Jahre gesetzliche Initiativen zur Etablierung von Formen einer „Klientendemokratie“ (vgl. Wendt 2008; Laurberg 2009). Die von Nutzerbewegungen forcierte „User-Participation“ (vgl. u.a. Croft/Beresford 1992; Barnes 1997) ist in Großbritannien von Regierungsseite aufgegriffen und in Bestrebungen zum Umbau öffentlicher und sozialer Dienste im Kontext des New Public Managements eingeflossen. In Deutschland werden z.B. im Hinblick auf die Kinder- und Jugendhilfe, neben den vielerorts eingerichteten und teilweise sozialpädagogisch begleiteten Jugendparlamenten (vgl. Burdewick 2005), auch Schulen und soziale Dienste zunehmend als Orte betrachtet, an denen Kindern und Jugendlichen Beteiligungsoptionen eröffnet werden sollen (vgl. Hafener 2005; Sünder et al 2005; Olk/Roth 2007). In diesem Zusammenhang soll auf die Einführung partizipativer Elemente im deutschen Jugendhilferecht im Zuge dessen Novellierung durch das KJHG im Jahr 1990 verwiesen werden (vgl. u.a. Pluto 2010: 196f), insbesondere auf die Implementierung des Hilfeplanverfahrens (§ 36 SGB VIII). Dessen Prinzip einer Mitwirkung der Nutzerinnen und Nutzer an der Hilfeplanung findet sich inzwischen auch in anderen Arbeitskontexten Sozialer Arbeit wieder, so z.B. im Falle des persönlichen Budgets im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 57, 58 SGB XII). Selbst im Heimbereich lassen sich Beteiligungsansätze aufzeigen (vgl. Babic 2010), wobei bei der Frage einer möglichen Entschädigung ehemaliger Heimkinder auf das Beteiligungsinstrument „Runder Tisch“ zurückgegriffen wurde (vgl. kritisch Kappeler in diesem Heft). Darüber hinaus wird derzeit unter der Überschrift „Engagementpolitik“ eine Ausweitung von Beteiligungsoptionen propagiert, wodurch Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf sozialstaatliche Aufgaben „mitwirken“ können sollen (vgl. Klein et al 2010).

Dass Partizipation gerade derzeit „Konjunktur“ besitzt, lässt sich zu guterletzt auch daran ablesen, dass dieses Thema zunehmend auch von Politikberaterfirmen aufgegriffen und regelrecht kommodifiziert wird. Während international diverse Beraterfirmen jeweils ihre eigenen, durch Trademarks urheberrechtlich geschützten Beteiligungsinstrumente „vermarkten“ (vgl. Kersting 2008: 18), hat in Deutschland insbesondere die Bertelsmann-Stiftung dieses Thema für sich

entdeckt.: Jährlich wirft sie etliche Publikationen zur politischen Beteiligung auf den Büchermarkt und versucht auf diese Weise, sich als dominierender Think-Tank in der Öffentlichkeit zu platzieren.

Demokratiethoretische Implikationen der „partizipatorischen Wende“

Betrachtet man die geschilderte Entwicklung unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten, dann stellt sich folgende zentrale Frage: Was sagt uns dieser Prozess der Ausweitung von Beteiligungsoptionen, sowohl in der Politik wie auch in diversen anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, über den Entwicklungsstand von Demokratie in der Gesellschaft aus, in der wir leben? Diese Frage erscheint auf den ersten Blick möglicherweise befremdlich, da Partizipation im Sinne einer Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen letztlich den irreduziblen Kern einer Demokratie markiert (vgl. Verba et al 1995: 1; Crouch 2004: 3; Kersting 2008: 15), der Bürgerinnen und Bürgern erst die Möglichkeit eröffnet, als solche, d.h. als politische Subjekte öffentlich in Erscheinung zu treten. Insofern scheint es nahezu liegen, die Einführung und Erprobung von neuen Partizipationsverfahren grundsätzlich als ein Moment der Demokratisierung (vgl. Roth 2010) zu verstehen. Ebenfalls scheint es zunächst wenig verwunderlich, dass manche Beobachter bereits von der Etablierung einer „multiplen Demokratie“ (vgl. Nolte 2011) sprechen.

Dennoch handelt es sich bei der hier aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis des derzeitigen „Partizipations-Hypes“ und Demokratie keinesfalls um eine leichte, auf die man eine einfache und eindeutige Antwort geben kann. Denn zum einen hängt der Beitrag von Partizipation zur Demokratisierung von Gesellschaft immer auch davon ab, was man unter Partizipation verstehen möchte. Mag diese Frage auf den ersten Blick noch so trivial erscheinen, so ist es dennoch äußerst bedeutsam, nicht aus dem Blick zu verlieren, dass man auf sehr unterschiedliche Art und Weise „beteiligt“ werden kann.¹ Dabei müssen die Verfahren, in die man „eingebunden“ wird, nicht alleine und zwingend einen emanzipatorischen Charakter und eine demokratische Substanz aufweisen, sondern können zugleich auch herrschaftliche bzw. „tyrannische“ Züge implizieren (vgl. Cooke/Kothari 2001; Carey 2009). Somit ist nicht alleine entscheidend, wie viel Bürgerinnen und Bürger partizipieren und wie viel „Empowerment“² sie dabei erfahren, sondern

1 Für eine frühe kritische Typologie vgl. Arnstein (1969).

2 Zur Kritik der deutschen Empowermentdebatte vgl. Weber (2009).

viel entscheidender bleibt die Frage, woran bzw. wie sie beteiligt und wozu sie ermächtigt werden (vgl. Henkel/Stirrat 2001: 182).

Zweitens – und bezogen auf die Soziale Arbeit – ist die Ausdehnung bzw. Implementierung von Beteiligungsoptionen in gesellschaftlichen Feldern wie z.B. der Jugendhilfe oder anderen sozialen Arbeitsbereichen grundsätzlich begrüßenswert. Ob dies jedoch zweifelsfrei einen Ausdruck für eine voranschreitende allgemeine gesellschaftliche Demokratisierung markiert, bleibt letztlich auch abhängig von den vorherrschenden politischen Rahmenbedingungen und Verhältnissen, innerhalb derer Partizipation sich vollzieht und deren Bestandteil sie bildet. Zwar kann Partizipation außerhalb des politischen Feldes (im engeren Sinne) zweifelsohne Demokratie befördern. Die Gewährung entsprechender Beteiligungsoptionen kann allerdings auch die Form einer substituierenden Entschädigung für die Verweigerung, Rücknahme oder substanziellen Aushöhlung grundsätzlicher politischer (und ziviler) Bürgerrechte annehmen. Gerade die deutsche Geschichte hält hier einige historische Beispiele bereit: Sowohl die durch die preußische kommunale Selbstverwaltung des 19. Jahrhunderts eröffneten „Ehrenämter“ als auch die Zwangsbeteiligung in den Massenorganisationen des Dritten Reiches können unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten als Formen einer herrschaftlich intendierten „Ersatzpartizipation“ (Sachße/Tennstedt 1992: 32) angesehen werden, die letztlich über die „partizipatorische“ Einbindung von mehr oder minder großen Teilen der Bevölkerung auf die Unterbindung einer tatsächlich demokratisch verfassten Beteiligung ausgerichtet waren (vgl. Olk 1986; Sachße/Tennstedt 1992; Gräser 2009).

Drittens stellt sich aus einer demokratietheoretischen Sicht, wie sie sich insbesondere aus der Perspektive der Citizenship-Theorie mit ihrem Fokus auf universeller Gleichheit im Bürgerstatus (vgl. Marshall 1992) formulieren lässt, die Frage nach demokratisierenden Potenzialen von Partizipation nicht alleine als Frage nach formal verliehenen Optionen oder Rechten, sondern immer auch eine nach dem faktischen Vorhandensein der Fähigkeit und der Mittel, diese Rechte auch auszuüben; insbesondere dann, wenn diese Voraussetzungen gesellschaftlich ungleich verteilt sind (vgl. Marshall 1975; Bourdieu 2001). Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit einem möglichen Beitrag Sozialer Arbeit zur Demokratisierung von Gesellschaft ist somit das Augenmerk auch auf Fragen (politischen) „Empowerments“ zu richten, also danach, ob und wie im Rahmen sozialer Dienste diese Voraussetzungen der Ausübung formal gegebener Partizipationsrechte (auch über ihr eigenes Feld hinaus) gesichert werden können.

Um die Frage weiterverfolgen zu können, inwiefern Partizipation in der Sozialen Arbeit bzw. sozialen Diensten zu einer weiteren Demokratisierung von

Gesellschaft beitragen kann, ist es sinnvoll, einen genaueren Blick auf den Begriff selbst und seinen semantischen Gehalt zu werfen. Dabei soll das (durchaus widersprüchliche) Verhältnis von Demokratie und Partizipation im Folgenden entlang der durch obige drei kritische Anmerkungen eröffneten Perspektiven untersucht werden.

Partizipation zwischen Emanzipation und Herrschaft

Blickt man auf derzeitige Partizipationsdiskurse, so lässt sich dort sehr deutlich eine Tendenz zur Ausweitung des zugrunde gelegten Begriffsverständnisses feststellen: Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung lag in der Kritik an einer zu engen Perspektive sozial- bzw. politikwissenschaftlicher Partizipationsforschung, welche lediglich formal institutionalisierte Formen politischen Handelns innerhalb des politischen Parteien- und Repräsentativsystems in den Blick nahm und demgegenüber „unkonventionelle“ politische Aktivitäten, wie z.B. die Teilnahme an Demonstrationen, völlig außen vor ließ (vgl. Hoecker 2006: 15ff). Inzwischen hat sich diese Tendenz der Begriffserweiterung jedoch bis hin zu einer völligen semantischen Entgrenzung dynamisiert. Zum einen gibt es den Vorschlag, sowohl analytisch wie empirisch die Grenze zwischen politischer Partizipation und sozialer Partizipation bzw. sozialem Engagement aufzugeben (vgl. ebd. 12; Hurrelmann et al 2002). Zum zweiten gibt es innerhalb der Jugendforschung sogar Akteure, die sich dafür aussprechen, die Frage nach einer Trennung zwischen „Partizipation“ und „Nichtpartizipation“ vollends fallen zu lassen und unter dem Begriffslabel „Partizipation“ letztlich alle Formen öffentlicher Präsenz in den Blick zu nehmen (vgl. Walther 2010: 127ff; Tully 2008: 486).

Einerseits scheint es auch für diese Entwicklung zunächst gute Gründe zu geben, denn mit der breiten Fokussierung auf gesellschaftliche Aktivitäten soll auch ein Beitrag dazu geleistet werden, (jugendliche) Akteure nicht als Defizitträger, d.h. als passive „Politikverdrossene“ zu konstruieren (vgl. Walther 2010: 122). Zugleich ist es auch richtig, dass das „Politische“ gesellschaftlich letztlich keine feste Grenze aufweist (vgl. Tully 2008: 486). Denn schließlich besitzt jegliches soziales Handeln eine politische Dimension, insofern es immer (sei es affirmativ oder infragestellend) Bezug nimmt auf die Strukturen und Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens, in denen sich stets soziale Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse und Konflikte widerspiegeln (vgl. Pfaff 2006: 74; Bourdieu 1985; Mouffe 2007). Nimmt man das nun allerdings zum Anlass, Partizipation begrifflich vollends zu entgrenzen, führt dies letztlich zu deren terminologischer Trivialisierung (vgl. Rasmussen/Brown 2002: 185), was durchaus fatale Folgen hat: Denn wenn

demnach letztlich alles und zugleich nichts mit dem Begriff der Partizipation belegt werden kann, findet Kritik (z.B. an der Vorenthaltung von Partizipation) auch keinen Ankerpunkt mehr. Die Aussage, man lebe in einer partizipativen Gesellschaft, bewahrheitet sich somit immer von selbst.³

Betrachtet man demgegenüber Partizipation aus einer demokratietheoretischen Perspektive, wie sie z.B. durch die Theorie des Citizenship (vgl. Mackert 2006; Wagner 2009) eröffnet wird, dann handelt sich dabei um jenes Moment, welches in einer Demokratie das konstitutive Element des Bürgerstatus bildet:

„Citizenship is a feature of the democratic system. To say that a system is democratic is to imply not only that the system is responsive to the interests of most of the citizens but also that the citizens share in governing“ (Thompson 1970: 2f).

Auch wenn über die konkrete Ausdeutung und Reichweite dieser Beteiligung innerhalb der Debatten keinesfalls Einigkeit besteht, so ist es dennoch unbestritten, dass sich aus der Perspektive von Citizenship politische Partizipation zentral auf die Beteiligung an kollektiv bindenden Entscheidungsprozessen bezieht (vgl. Habermas 1994: 1332; Wagner 2009). Dabei gilt es zu betonen, dass das politische Element des Bürgerstatus, entgegen der klassischen Auffassung (vgl. Marshall 1992: 40), nicht nur im Hinblick auf das politische System im engeren Sinne bedeutungsvoll ist, d.h. sich nicht alleine auf Parlamente und sich auch keinesfalls in Wahlakten erschöpft. Kollektiv bindende Entscheidungsprozesse finden auch an anderen Orten statt, so z.B. in der Arbeits- und Berufswelt oder in wohlfahrtstaatlichen Institutionen. Die stillschweigende Depolitisierung anderer gesellschaftlich relevanter Institutionen hat vielfach Kritik erfahren, wobei unter dem Label „Citizenship“ zugleich die grundsätzliche Bedeutung von Partizipationsrechten und Mitbestimmung in der Wirtschaft (vgl. u.a. Giddens [1983]2000),⁴ dem Bildungssystem (vgl. Sünker et al 2005) und sozialstaatlichen Dienstleistungen (vgl. u.a. Beresford/Croft 1992; Lister 1998; Schaarschuch 2000) hervorgehoben wurde.

Aus dieser demokratietheoretischen Perspektive erhält Partizipation eine deutliche emanzipatorische Perspektive, wobei es unter dem Gesichtspunkt Citizenship nicht alleine nur um das Ausüben bestehender Partizipationsrechte geht. Die „Seele der Politik der Emanzipation“ liegt demnach vielmehr im „Kampf gegen

3 Insofern ist dieser Problematik, was hier jedoch nicht weiter vertieft werden soll, besser durch begriffliche Ausdifferenzierung als durch eine semantische Erweiterung des Partizipationsbegriffs beizukommen.

4 Die Bedeutung der Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Betrieben betont auch Vester (vgl. 2011: 86)

die Verweigerung der Bürgerschaft“ (Balibar 2006: 18f). Es geht also auch um so genannte „acts of citizenship“ (Isin 2008: 18), d.h. um (außerparlamentarische) Aktionen der Reklamation, Erstreitung oder auch Verteidigung von politischen Bürgerrechten (vgl. ebd.; Balibar 2006: 18f;), um die Erkämpfung von Partizipation qua politischem Handeln.

Andererseits muss Partizipation (gerade dann, wenn unklar bleibt, was man darunter eigentlich verstehen will) nicht zwingend auf eine emanzipatorische Zielsetzung hin ausgerichtet sein. Dies lässt sich derzeit gerade daran ablesen, dass auch Programmatiken wie die des New Public Managements oder die des aktivierenden Sozialstaats für sich einen partizipatorischen Anspruch reklamieren. Jedoch weist Partizipation in diesen Kontexten oftmals einen recht instrumentellen Charakter auf, etwa als ein Mittel zur Lösung sozialstaatlicher oder arbeitsmarktpolitischer Probleme (vgl. Betz et al 2010: 14f) oder als ein Bestandteil neuer managerialistischer Organisationsstrukturen (vgl. Beckmann 2009: 117). Die solcher Art gewährten Beteiligungsoptionen in sozialen Diensten kommen in den aller seltensten Fällen über einmalige Anhörungen, Befragungen oder die Installierung weitgehend kompetenzloser Beiräte hinaus und werden von den „Beteiligten“ nicht selten als reine Alibi-Beteiligung erlebt (vgl. Arbeitsgruppe „Präventive Jugendhilfe“ 1995: 127ff; Pluto et al 2007: 423ff; Babic 2010: 218f).⁵

Gerade solche Formen der Beteiligung, die nur ausnahmsweise dem Anspruch einer tatsächlichen Mitbestimmung genügen, können sehr gut dazu genutzt werden, um weiterhin hierarchisch angelegte Entscheidungs- und Steuerungsprozesse über die Beteiligung von „betroffenen“ Akteuren effektiver zu gestalten und zu legitimieren. Beteiligung kann (so z.B. im Kontext evaluativer Befragungen) zur Gewinnung manageriellen Planungs- bzw. Herrschaftswissens (welches Bürgerinteressen meist nur noch in einer deformierten Form widerspiegelt) genutzt werden (vgl. Pollitt 1998: 117) und rekalmiert aufgrund seiner „partizipativen“ Herstellung für sich eine besondere Bedeutung. Zum zweiten kann Partizipation auch dem Zweck der Verringerung möglichen Widerstands durch dessen (neutralisierende) „Einbindung“ dienen (vgl. u.a. Cooke/Kothari 2001: 8f; Henkel/Stirrat 2001: 178ff; Sünker et al 2005: 10). Drittens kann Partizipation auch den Charakter eines „tyrannischen“ Imperatives annehmen, der die als Bürger angerufenen Personen in die Pflicht nimmt, sich auf

5 Aber auch viele der kommunalen Kinder- und Jugendparlamente verbleiben auf einer die üblichen Rituale formal-parlamentarischer Politik kopierenden scheinpartizipativen Ebene, der es sowohl an Entscheidungsgewalt und damit zugleich auch an faktischer Anerkennung mangelt (vgl. Burdewick 2005).

„verantwortliche“ Art und Weise zu beteiligen: „In the contemporary world, participation as an administrative or political principle eases autoritative force, in turn placing responsibility on the ‘participants’“ (Henkel/Stirrat 2001: 179). Dabei wird neben der Anrufung von Bürgerinnen und Bürgern zu mehr „bürger-schaftlichen Engagement“ (vgl. kritisch Dahme/Wohlfahrt 2010) im Zeitalter des workfare unter dem Label der „Aktivierung“ auch dann noch „Beteiligung“ und „Empowerment“ versprochen, wenn entsprechende Programme de facto sehr offensichtlich von Kontrolle und Zwang gekennzeichnet sind (vgl. Stern 2000; Carey 2009; Lutz in diesem Band).

Insofern ist es vermutlich gerade die emanzipatorische Assoziation, die Partizipationssemantiken auch für Projekte der Herrschaftssicherung interessant zu machen scheinen. Folgt man an dieser Stelle den hegemonietheoretischen Überlegungen Malcolm Careys, so lässt sich eine solche Vereinnahmung von Partizipation zu herrschaftlichen Zwecken darauf zurückführen, dass Herrschaft zur Sicherstellung ihrer eigenen Legitimation immer subalterne Elemente ideologisch aufgreifen und inkorporieren muss (vgl. Carey 2009: 181):

„A tendency to adopt counter-hegemonies and utilize them for very different purposes has been pivotal in relation to concepts such as [...] empowerment [...] and SUCP [service user and carer participation; T.W.]. Much like ‚social work‘ itself, what these tendencies, dynamics, movements and philosophies each have in common is an ambivalence that is easy to exploit, ontologically hijack and use for different political ends“ (ebd. 182).

Doch auch wenn Partizipation zu herrschaftlichen Zwecken instrumentalisiert werden kann, so bedeutet dies keinesfalls, dass mit dem zuvor beschriebenen emanzipatorischen Potenzial lediglich Augenwischerei betrieben würde. Vielmehr handelt es sich um ein von Widersprüchen gekennzeichnetes Spannungsverhältnis, welches je nachdem auch Spielraum für Bewegung eröffnet. So kann z.B. ein hegemonialer Rückgriff auf emanzipatorische Vokabeln wie Partizipation oder Citizenship entgegen der eigentlichen herrschaftssichernden Intention auch den Boden für Formen des Widerstands und Forderungen nach tatsächlichen Bürger- bzw. Beteiligungsrechten bereiten, wie John Harris sehr eindrücklich am Beispiel des Rückgriffs britischer User-Movements verdeutlicht:

„Citizenship struggles from the margins have focused on campaigns for recognition, inclusion, justice and equal opportunities. These struggles have encompassed a wide range of service user groups, such as Survivors Speak Out, the National Association of Young People in Care, self-advocacy groups, citizen advocacy [sic!] projects and many more. An appeal to citizenship [or participation; T.W.] may be useful in these struggles against the residualization of social rights and in emphasizing the ideal of equality of status as the basis for questioning inegalitarian social relations. A new

mode of domination has thrown up new *forms of resistance and solidarities* in the quasi-market of welfare“ (Harris 1999: 932; Hervorhebungen T.W.).

Insoweit bleibt festzuhalten, dass Partizipation in seiner jeweils historischen Realisierung „weder eindeutig [ein] Instrument der Herrschenden zur Befriedung und Legitimationssicherung noch eindeutig eine Chance der Entscheidungsbetroffenen zur Durchsetzung ihrer Interessen“ (Sünker et al 2005: 10) darstellt, sondern stets in einem Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Herrschaft eingebettet ist. In diesem von Widersprüchen gekennzeichneten Spannungsverhältnis bewegen sich auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter immer dann, wenn sie Partizipation in ihrer Arbeit fördern wollen. Unter dem Label „Partizipation“ geht es somit einerseits darum, Spielräume für die Unterstützung sozial bzw. politisch marginalisierter Bevölkerungsgruppen in ihren Auseinandersetzungen um die Reklamierung und Sicherung substanzieller partizipatorischer Bürgerrechte (vgl. Lister 1998: 38), im Sinne eines Rechts auf Mitbestimmung in Prozessen kollektiv bindender Entscheidungsfindung auszuloten. Andererseits bedarf es jedoch auch stets einer kritischen Analyse, inwiefern die eigenen Angebote und Partizipationsoptionen tatsächlich einen Emanzipationsgehalt entfalten können und in welchem Ausmaß sie dem entgegen einen instrumentellen bzw. Hegemonie absichernden Charakter besitzen.

Das im Zeichen dieses Spannungsverhältnisses von Emanzipation und Herrschaft sich ambivalent gestaltende Verhältnis von Partizipation und Demokratie soll im Folgenden entlang zweier weiterer Dimensionen entfaltet werden: Es soll der Frage nach der Einbettung des derzeitigen Ausbaus von Partizipation in den Kontext vorherrschender politischer Regulation sowie der nach den Grundlagen und Voraussetzungen der Ausübung formal gegebener Partizipationsrechte bzw. -optionen nachgegangen werden.

Zwischen Widerstand und engagementpolitischem Alibi – Partizipation unter den Bedingungen der Post-Demokratie

Wirft man einen Blick in gegenwärtige politik- bzw. sozialwissenschaftliche Debatten, so lassen sich dort im Hinblick auf den derzeitigen Zustand westlicher Demokratien nicht alleine nur optimistische Zeitdiagnosen auffinden. Vielmehr wird unter dem Begriff der „Post-Demokratie“ (vgl. Rancière 2002: 111; Crouch 2004: 4) auch die These diskutiert, dass etablierte Demokratien momentan Veränderungsprozessen unterliegen, die deren demokratischen Selbstanspruch auf „Volksherrschaft“ substantiell gefährden. Die Krisendiagnose der Post-Demokratie markiert dabei jedoch keineswegs eine schliche Aufhebung

demokratischer Prinzipien und Institutionen, sondern verweist vielmehr auf eine äußerst widersprüchliche Dynamik des formalen Ausbaus bei gleichzeitiger inhaltlicher Aushöhlung demokratischer Partizipation:

„Under this model [post-democracy; T.W.] while elections certainly exist and can change governments, public electoral debate is a tightly controlled spectacle, managed by rival teams of professional experts in the techniques of persuasion, and considering a small range of electoral game, politics is really shaped in private by interaction between elected governments and elites that overwhelmingly represent business interests [...] while the forms of democracy remain fully in place [...] politics and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites in the manner characteristic of pre-democratic times; and that one major consequence of this process is the growing impotence of egalitarian causes“ (Crouch 2004: 4, 6).

Der Widerspruch dieser Situation findet darin seinen Ausdruck, dass demokratische Institutionen formal weiter funktionieren und teilweise sogar ausgebaut werden. Andererseits verschärfen sich jedoch Prozesse der Monopolisierung des Zugangs zu institutionalisierter politischer Macht zusehends zugunsten privilegierter gesellschaftlicher Akteursgruppen.⁶

Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung vor allem in der Substitution formaler Prozesse politischen Entscheidens (Government) durch die Entstehung von Governance-Systemen, deren halboffizielle und inoffizielle Mechanismen die Strukturen politischer Herrschaft grundlegend verändern (vgl. Demirovic/Walk 2011). Während diese Strukturen einerseits den Einfluss „systemrelevanter“ wirtschaftlicher bzw. finanzmarktkapitalistischer Akteure und Lobbyvertretungen, Think Tanks und global agierender Beraterfirmen auf Regierungsentscheidungen steigern (vgl. Crouch 2004: 17ff), drohen zentrale politische Entscheidungen zusehend einer tatsächlichen demokratischen Kontrolle zu entgleiten:

„An die Stelle der Repräsentation von Bevölkerungsinteressen tritt die Präsentation von exekutivisch und unternehmerisch bereits vorentschiedener Politik. Die Postdemokratien übereignen die Gestaltungsmacht an nicht-demokratisch legitimierte Akteure und bemühen sich um die Erziehung der Bevölkerung zur Akzeptanz dieser neuen Machthaber. Damit werden aber gerade jene Motivlagen und Energien bekämpft und entmutigt, die zur Reproduktion eines demokratischen Gemeinwesens erforderlich sind. Im Zuge des Aufkommens der Postdemokratie entfernen sich damit

⁶ Insofern sollte die Krisendiagnose „Post-Demokratie“ nicht dahingehend missverstanden werden, dass die vorherigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse vollends egalitär und demokratisch, in einem partizipativen Sinne, waren. Dennoch kann mit dem Begriff aufgezeigt werden, dass der historisch erreichte Demokratisierungsgrad durch gegenläufige Entwicklungen infrage gestellt wird.

auch politische Schichten voneinander: die politischen Eliten, die politischen Mittelschichten und die politischen Absteigerschichten“ (Lessenich/Nullmeier 2006: 24).

Post-Demokratie markiert in dieser Hinsicht eine Regierungspraxis „nach den Demos“, die sich zwar weiterhin selbst als Demokratie beschreibt, die jedoch unter der absoluten Verpflichtung auf einen top-down vorentschiedenen Konsens „die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volks liquidiert“ (Rancière 2002: 111) und damit letztlich versucht, den lebendigen, konfliktiven Kern demokratischen Handelns zusehends zum Verschwinden zu bringen (vgl. Mouffe 2007: 41). Die „Partizipation“ von Bürgern soll sich auf die Zustimmung und Ausführung vorab bereits getroffener politischer Entscheidungen beschränken (vgl. Lessenich/Nullmeier 2006: 24).

Versucht man nun die Krisendiagnose „Post-Demokratie“ in die hier betriebene Auseinandersetzung um das Verhältnis von Partizipation und Demokratisierung mit einzubeziehen, dann ist zunächst zu konstatieren, dass der in den letzten Jahren erfolgte Bedeutungszuwachs von Partizipation keinesfalls bereits als Beleg für die Widerlegung der Post-Demokratie-These verstanden werden darf.⁷ Vielmehr ist dieser als ein Ausdruck der eigentümlichen Widersprüchlichkeit post-demokratischer Entwicklungstendenzen zu verstehen und muss insofern in seinen Bezügen zu neuen Governancestrukturen und veränderten Verhältnissen politischer Herrschaft betrachtet werden.

So kann die eingangs markierte Zunahme politischer Proteste einerseits als Ausdruck eines sich formierenden Widerstands bzw. als ein Aufbegehren gegen die „Arroganz der Macht“ (Vester 2011: 80; vgl. Demirovic 2011) politischer Eliten und deren post-demokratischen Politikstil der letzten Jahre verstanden werden. Dabei hat die erfolgte Ausdehnung von Partizipationsrechten (so z.B. im Fall von Bürgerbegehren) durchaus zu einer gewissen Erweiterung der Aktions- und Einflussmöglichkeiten (lokal) politischen Protests beigetragen (vgl. Rucht 2006: 202).

Jedoch verteilen sich die tatsächlichen Möglichkeiten zur Nutzung dieser Partizipationsoptionen gesellschaftlich de facto äußerst ungleich (vgl. Schäfer 2010; Böhnke 2011), und ein erweitertes Partizipationsrepertoire löst keinesfalls vorherrschende politische Machtstrukturen und Kräfteverhältnisse per se auf. Und ebenfalls gilt es zu bedenken, dass sich andererseits viele der neu Erbliebenen „Beteiligungsoptionen“ äußerst reibungslos in die neuen Strukturen post-demokratischer Governance einfügen. Darüber hinaus lässt sich mit Blick auf die unter dem Label „bürgerschaftliches Engagement“ im sozialstaatlichen Institutionensystem derzeit

⁷ Für eine solche Einschätzung vgl. Roth (2010).

eröffneten Formen der „Mitwirkung“ aufzeigen, dass das Prinzip „Governance“ hier einen grundsätzlich anderen Charakter besitzt als im Verhältnis zu ökonomischen Eliten. Auch wenn Befürworter einer staatlichen Engagementpolitik dieser das Potenzial zuschreiben, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu einer „Demokratisierung repräsentativer Demokratien“ (Klein et al 2010: 24) beizutragen, so beschränkt sich dennoch bei genauerer Betrachtung das in diesem Kontext eröffnete Spektrum von „Mitwirkungschancen“ de facto auf die „Beteiligung“ zivilgesellschaftlicher Kräfte an der Erbringung öffentlicher bzw. sozialer Aufgaben.

Unter Zugrundelegung der Perspektive von Post-Demokratie ist es deshalb folgerichtig, diese Form der „Verantwortungsteilung“ zwischen engagierten Bürgern und (sozial)staatlichen Instanzen und die damit verbundenen Formen der „Beteiligung“ als Ausdruck des Versuchs der Etablierung einer post-demokratischen Form politischer Arbeitsteilung zu verstehen: Während das konventionelle politische „Kerngeschäft“ (insbesondere auf nationaler aber auch transnationaler Ebene) zunehmend politischen und ökonomischen Eliten, Politikberatern, Lobbyisten und finanzkräftigen Think Tanks vorbehalten bleiben soll, werden der sich immer weniger repräsentiert fühlende „Bürger“ und seine „Bürgerin“, ganz nach dem Vorbild prädemokratischer Zeiten, auf die Gefilde der „kleinen Politik vor Ort“, auf die Beteiligung in der Kommune und in sozialen Diensten verwiesen. Auch wenn sich dort zweifelsohne Optionen für politisches Handeln und Protest von Bürgern bieten, so bleibt der demokratisierende Charakter dieser Entwicklung mehr als zweifelhaft. Denn unter den Bedingungen der Post-Demokratie besitzt die Gewährung von (limitierten) Partizipationsoptionen im „Kleinen“, angesichts der gleichzeitigen Entmachtung des Bürgers in der „großen Politik“, nicht widerspruchsfrei den Charakter einer gesellschaftlichen Demokratisierung, sondern vielmehr den eines Abdrängens des Bürgers in ein lokalpolitisches bzw. zivilgesellschaftliches Reservat.

Dennoch sollte man im Hinblick auf die Frage, inwiefern sich über den Ausbau von Partizipationsoptionen außerhalb des politischen Feldes, so z.B. im Rahmen Sozialer Arbeit, ein Kontrapunkt setzen oder gar Formen der Gegenwehr gegen post-demokratische Entwicklungstendenzen mobilisieren lassen können, zu keinem allzu voreiligen Ergebnis kommen. Zwar bleibt es zweifelhaft, inwiefern unter den aktuellen Bedingungen der Post-Demokratie der Ausbau von „Beteiligung“ in sozialen Diensten bei gleichzeitiger Aushöhlung allgemeiner politischer Partizipationsrechte als eindeutiger Ausdruck gesellschaftlicher Demokratisierung verstanden werden kann. Dennoch ist es grundsätzlich nicht ausgeschlossen, dass solcher Art Beteiligung zu einer allgemeinen Qualifizierung von Nutzerinnen

und Nutzern beitragen kann, nämlich auf ihre eigenen Lebensumstände durch politisches Handeln bzw. Protest Einfluss zu nehmen (vgl. Schaarschuch 2008: 197; Wagner 2009) und ggf. tatsächliche Partizipationsrechte für sich einfordern zu können. Dabei sollte man jedoch zwei Dinge nicht aus den Augen verlieren: Zum einen sollte man vor dem Hintergrund der Post-Demokratie-These sehr genau beobachten, ob über die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die Gewährung von (begrenzten) Beteiligungsoptionen in sozialen Diensten der weitgehende Ausschluss von Bürgerinnen und Bürgern aus dem „Kerngeschäft“ der institutionalisierten Politik betrieben wird und ggf. hinter der Fassade einer in erster Linie unverbindlichen und mit wenig Entscheidungsgewalt versehenen und zugleich hochgradig idealisierten, „gemeinwohlorientierten Politik“ des Engagements zum Verschwinden gebracht werden soll. Zweitens bedarf ein ernsthafter Versuch der Qualifizierung von Nutzerinnen und Nutzern als Bürger und Bürgerinnen zugleich einer eingehenden Befassung mit der Frage nach den zur Ausübung formaler Partizipationsrechte benötigten Ressourcen, was letztlich eine Auseinandersetzung mit den Grundlagen politischer Macht auf die Agenda setzt.

Vom (post-demokratischen) Verhältnis formaler Rechtsgleichheit und politischer Macht – Partizipation zwischen Ver- und Entbürgerlichung

Wirft man einen Blick auf die Empirie politischen Handelns, so lässt sich hier seit Jahren der Trend beobachten, dass einerseits die Ausübung „konventioneller“ Formen politischer Beteiligung, wie z.B. die Beteiligung an Wahlen oder die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen sich rückläufig gestaltet, wohingegen andererseits „unkonventionelle“ bzw. formal nicht institutionalisierte und eher punktuelle angelegte Aktionsformen, wie z.B. die Beteiligung an Demonstrationen, Petitionsverfahren oder Protestaktionen an Bedeutung und Zuspruch in der Bevölkerung gewinnen (vgl. u.a. Weßels 2008). Trotz dieser Entwicklung werden jedoch alle nichtelektoralen politischen Aktivitäten nach wie vor nur von einer gesellschaftlichen Minderheit regelmäßig ausgeübt (vgl. Steinbrecher 2009: 286f). Dabei zeigen nahezu alle der vorliegenden Studien – sowohl in der Politikwissenschaft wie auch in der Jugendforschung – zugleich einen deutlichen Einfluss des sozioökonomischen Status auf politische Dispositionen und Aktivitäten auf (vgl. Verba et al 1995: 188ff; Gaiser/de Rijke 2006: 255f; Böhnke 2011: 20ff; Schneekloth 2010: 131ff). Lässt sich bereits bei der Wahlbeteiligung, wenn auch mit international unterschiedlichem Ausmaß, eine Ungleichverteilung über die Bevölkerung entlang der Indikatoren Bildung und Einkommen nachzeichnen

(vgl. Alber/Kohler 2008: 14ff), so scheint dieser Einfluss sozialer Ungleichheit mit der Abnahme des formalen Institutionalierungsgrades generell zuzunehmen: Gerade die derzeit prominenten zivilgesellschaftlichen Protest- und Aktionsformen sind weitaus stärker durch soziale Ungleichheiten verzerrt, als dies bereits bei „konventionellen“ Formen politischer Beteiligung der Fall ist (vgl. Schäfer 2010: 3f). Dies lässt sich an zwei prominenten Beispielen festmachen: So lag der Anteil an Universitäts- oder FH-Abschlüssen unter Stuttgart 21-Demonstranten bei einer Umfrage im Jahr 2010 mit ca. 50% nahezu doppelt so hoch wie im bundesdeutschen Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Rucht et al 2010: 2). Im Rahmen des Volksentscheides zur Verhinderung der Hamburger Schulreform der schwarz-grünen Regierung im Jahr 2010 wurden vorwiegend wohlhabende Stadtteile von der Mobilisierung erfasst, während die Beteiligung in schlechter gestellten Vierteln unterdurchschnittlich ausfiel (vgl. Jörke 2011: 16). Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie direktdemokratische Verfahren seitens einer privilegierten und gut organisierten Bevölkerungsgruppen dazu genutzt werden können, ihre Interessen gegen eine prinzipiell egalitäre Infragstrukturpolitik (in diesem Fall: Bildungspolitik) zu verteidigen.

Diese empirischen Befunden stützen letztlich die These, dass die Statuierung formal gleicher Bürger- bzw. Partizipationsrechte noch lange nicht dazu führt, dass diese Rechte auch von all ihren Trägern in gleicher Weise wahrgenommen werden können, sondern sie nur für diejenigen einen realen Gebrauchswert besitzen, die auch über die Fähigkeit und die Ressourcen verfügen, diese effektiv zu nutzen (und dass solcherart Fähigkeiten unter den Bedingungen einer bürgerlich-kapitalistischen Klassenschicht ungleich verteilt sind) (vgl. Marshall 1975: 207). In Bezug auf die hier verhandelte Frage nach dem demokratischen Potenzial von Partizipation greift somit eine alleinige Fokussierung auf die formale Existenz bzw. Ausdehnung von Partizipationsoptionen und -rechten zu kurz. Vielmehr kommt an dieser Stelle eine weitere Lesart des Partizipationsbegriffs ins Spiel, welche den Fokus auf die für Partizipation benötigten Ressourcen richtet (vgl. u.a. Steinert 2007). Es geht also auch um eine Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen partizipatorischer Teilnahme und deren Distribution, d.h. um eine Auseinandersetzung mit den Grundlagen politischer Macht.

Folgt man der herrschafts- bzw. machttheoretischen Position Pierre Bourdieus, so sind die Grundlagen der Akkumulation politischer Machtmittel eng an den Zugang zu ökonomischem, kulturellem wie auch symbolischem Kapital im sozialen Raum rückgebunden. Deren Ungleichverteilung trägt mit dazu bei, dass in demokratischen Repräsentativsystemen, trotz des Postulats universeller politischer Gleichheit, ein geheimer Zensusmechanismus (vgl. Bourdieu 2001:

43) zugrunde liegt, d.h. ein Prozess sozialer Schließung, der auf der Diskrepanz formaler Rechte und der Vorenthaltung der Mittel zu deren Ausübung basiert (vgl. auch Bourdieu 2001a: 89). Vor diesem Hintergrund hat Michael Vester aus einer klassen- bzw. milieutheoretischen Perspektive darauf aufmerksam gemacht, dass die Angehörigen unterschiedlicher sozialer Klassen bzw. Milieus auf sehr ungleiche Weise sich Zugänge zum politischen Feld erschließen können (vgl. Vester 2009: 43ff). Demnach entsprechen die Optionen der oberen bürgerlichen Milieus deren privilegierter sozialer Position, so dass diese als einzige Milieugruppe sich in größerem Umfang nach Logiken politischer Selbstvertretung verhalten können. Diese Optionen stehen den Angehörigen der übrigen Milieus in weitaus geringerem Maße zur Verfügung, weshalb sie primär auf kollektive Kanäle wie z.B. der verbands- bzw. parteipolitischen Repräsentation ihrer Interessen angewiesen sind. Folglich gestaltet sich der Zugang unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen zu einer effektiven politischen Repräsentation ihrer Interessen grundsätzlich prekär, weil gerade sie nur über eine schmale materielle wie symbolische Ressourcenbasis zur Akkumulation eigener politischer Machtmittel verfügen und dadurch auf Strategien milieuübergreifender Solidarität angewiesen sind. In der Regel jedoch bleibt diese Solidarität seitens „respektabler“ Bevölkerungsschichten aufgrund des gesellschaftlichen Status der „nichtrespektablen“ Personengruppen fraglich. Auch wenn es zweifelsohne zu weit gehen würde zu behaupten, dass gesellschaftlich marginalisierte Bevölkerungsgruppen politischen Aktivitäten völlig gleichgültig gegenüberstünden, so befinden sie sich doch auf dem politischen Spielfeld quasi stets im Besitz eines „schwarzen Peters“ der grundsätzlichen Verweigerung egalitärer Anerkennung im Status des Bürgers/der Bürgerin, der es letztlich auch erlaubt, bestehende Protestaktionen an den „Rändern“ der Gesellschaft zu diskreditieren⁸, weitgehend totzuschweigen oder zu kriminalisieren (vgl. u.a. Jobard 2004). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Frage nach einer Demokratisierung von Gesellschaft unter den Bedingungen klassenbedingter Ungleichheiten auch die Frage nach der Garantie universeller Gleichheit im Status des Bürgers/der Bürgerin umfassen muss. In Zeiten des Fordismus lag die Antwort auf dieses Problem im Ausbau wohlfahrtstaatlicher Leistungen und sozialer Dienste und der damit verbundenen Etablierung universeller sozialer Bürgerrechtsansprüche (vgl. Marshall 1992). Auch wenn die Rolle des fordistischen Wohlfahrts- und „Sicherheitsstaats“ an dieser Stelle stets ambivalent blieb (vgl. Steinert 2007), so kann den in seinem Rahmen realisierten sozialen Bürgerrechten dennoch ein grundsätzlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Demokratisierung nicht abgesprochen

8 Zum Problem so genannter „dangerous constituencies“ vgl. Gans 1995.

werden. Insofern muss gerade im Hinblick auf den Aspekt universeller Gleichheit davon gesprochen werden, dass im Zuge derzeitiger sozialstaatlicher Transformationsprozesse und den sie begleitenden Dynamiken sozialer Ausschließung Demokratie auf dem Spiel steht (vgl. Kronauer 2006: 29): Denn während derzeit in gewisser Hinsicht Beteiligungsoptionen für Bürgerinnen und Bürger eine grundsätzliche Ausweitung erfahren, stellt der Ab- bzw. Umbau sozialer Bürgerrechte und die damit verbundene Privatisierung sozialer Risiken (vgl. Crouch 2004: 78ff; Crouch 2007) ebenfalls ein genuines Merkmal des Übergangs zu post-demokratischen politischen Verhältnissen dar, die sich letztlich auch durch eine zunehmende Ungleichverteilung der Ressourcen auszeichnen, welche wiederum einer Ausübung demokratischer Teilnahmerechte vorausgesetzt sind. Da, anders gesprochen, derzeit Partizipation in ihren Dimensionen der (politischen) Teilnahme und sozialen Teilhabe gegeneinander ausgespielt wird (vgl. Kessl 2000), führt der Ausbau von Partizipation vorrangig zu einer „Verstärkung des Einfluss[es] ohnehin Privilegierter“ (Sünker et al 2005: 10) und gleichzeitig auch sehr leicht zur Untermauerung der Entbürgerlichung, d.h. der faktischen Entwertung der Partizipationsrechte und -möglichkeiten marginalisierter Bevölkerungsgruppen unter einem partizipativen Deckmäntelchen.

Im Hinblick auf die aufgezeigte Differenz zwischen formalen Partizipationsrechten und der Verfügbarkeit der Mittel zu deren machtvoller Nutzung reformuliert sich die Frage, inwiefern Partizipation in der Sozialen Arbeit einen Beitrag zur Demokratisierung von Gesellschaft leistet bzw. leisten kann, als Frage nach einem potenziellen Beitrag sozialer Dienste zur politischen Bemächtigung ihrer Nutzerinnen und Nutzer. Wie von diversen Autoren bereits aufgezeigt wurde, besitzen soziale Dienste dieses Potenzial zweifelsohne: Gerade über die Gewährung von gehaltvollen und umfassenden Partizipationsoptionen können Einrichtungen Sozialer Arbeit zu lebensweltnahen demokratischen Lernorten werden, an denen Prozesse politischer Sozialisation bzw. Bildung evoziert (vgl. Sünker 2002; Schaarschuch 2000; Hafenegger 2005; Wagner 2009) und zugleich die politische Selbstorganisation ihrer Nutzerinnen und Nutzern (vgl. Besersford/Croft 2004: 32f; Kunstreich in diesem Heft) gefördert werden können. Solche Formen einer Solidarisierung „von unten“ kann Soziale Arbeit darüber hinaus auch dadurch unterstützen, dass sie versucht, etwa im Kontext von Gemeinwesenarbeit, Solidaritäten über Milieu- und Gruppengrenzen hinweg aufzubauen und darüber hinaus selbst als politischer Bündnispartner⁹ auftritt. Solche Prozesse besitzen

⁹ Zur damit verbundenen Problematik eines politischen Mandates vgl. Wagner (2008).

durchaus ein Potenzial, post-demokratischen Tendenzen entgegenzuwirken, sofern sie auf die Evozierung von acts of citizenship ausgerichtet sind, d.h. auf (politische) Praxisformen der Beanspruchung des Bürgerstatus, die zugleich auf einen Bruch mit bestehenden juristischen, kategorialen sowie vor allem *habituel-len Konventionen* (vgl. Isin 2008: 18, 39) ausgerichtet sind und somit bestehende soziale bzw. politische Ordnungen infrage stellen können.

Gleichzeitig sind mit Blick auf die Frage der Bemächtigung über Partizipation in sozialen Diensten auch eine Reihe von Herausforderungen und Problemen zu benennen: Erstens stellen soziale Dienste selbst alles andere als herrschaftsfreie Räume dar, vielmehr sind sie selbst – sowohl aus institutionellen wie auch sozialstrukturellen¹⁰ Gründen – durch eine äußerst ungleiche Verteilung von Machtressourcen gekennzeichnet, die der Ausbildung „klienteler Gegenmacht zu der institutionellen Problembearbeitung“ (AG „Präventive Jugendhilfe“ 1995: 128) deutliche Grenzen setzen und dazu führen, dass viele Nutzerinnen und Nutzer ihre eigene Verhandlungssituation gegenüber den Professionellen als deutlich schwächer empfinden (vgl. Pluto et al 2007: 429f; BJK 2009: 10). So erscheint es auch nicht weiter verwunderlich, dass bislang insbesondere Angehörige der (ressourcenstarken) Mittelschichten – entgegen der Tatsache, dass diese Bevölkerungsgruppe unter der Klientel Sozialer Arbeit in vielen Arbeitsbereichen unterrepräsentiert bleibt (vgl. Seelmeyer 2008: 66-81) – in überproportionaler Weise sowohl einen Nutzen aus öffentlichen Diensten ziehen können als auch von gewährten Partizipationsoptionen Gebrauch machen (vgl. Clarke et al 2007: 89; Sünker et al 2005).

Zweitens ist Soziale Arbeit in ihrem Interesse, milieuübergreifende Solidaritäten zu stiften, mit der Entwicklung konfrontiert, dass im Zuge allgemeiner sozialer Prekarisierungstendenzen Teile der (noch) etablierten, von Abstiegsängsten bedrohten Mittelschichten soziale Respektabilitätsgrenzen nach unten hin absichern (vgl. Dörre 2011: 136ff) und dazu auch – wie gerade das Beispiel der bürgerschaftlichen Kampagne gegen die Schwarz-Grüne Hamburger Schulreform im Jahre 2010 sehr deutlich aufzeigt (vgl. Jörke 2011) – die erweiterten Optionen politischer Partizipation nutzen. Mit solchen Phänomenen eines offenen Solidaritätsbruchs seitens privilegierter gegenüber unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen werden sich Akteure der Sozialen Arbeit – sofern sie über Partizipation in der Sozialen Arbeit einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten wollen – in Zukunft verstärkt auseinandersetzen und sich diesen entgegenstellen müssen.

¹⁰ Auf die klassentheoretisch relevanten Dimensionen dieser Ungleichverteilung kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

Dazu gehört jedoch auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Verstricktheit in die Reproduktion gesellschaftlicher Respektabilitätsgrenzen und damit verbundener (stigmatisierender) Etikettierungsprozesse gegenüber der eigenen Klientel (vgl. dazu auch Wagner et al 2011: 120ff).

Fazit – Partizipation und (Post)Demokratisierung: Über die Notwendigkeit der Wachsamkeit

Es sollte deutlich geworden sein, dass das Verhältnis von Demokratie und Partizipation zwar grundsätzlich einen konstitutiven Charakter in beide Richtungen besitzt: Ohne Partizipation von Bürgern keine Demokratie und ohne eine demokratische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen keine wirkliche Partizipation. Dennoch bleibt dieses Verhältnis alles andere als frei von Widersprüchen und der Gefahr einer gegenläufigen, d.h. autoritären, herrschaftlichen Dimension, die es stets mit zu bedenken gilt, wenn man sich „Partizipation“ (was immer man damit im konkreten Fall verbinden mag) auf die Fahnen schreibt. Die derzeitige Ausweitung von Optionen der Beteiligung, sowohl im allgemeinen politischen Raum als auch innerhalb der Sozialen Arbeit, sollte man im Grundsatz sehr wohl begrüßen. Man sollte sie jedoch zugleich entlang der drei aufgezeigten Spannungsverhältnisse:

- Emanzipation versus Herrschaft,
 - partikulare bzw. feldspezifische versus allgemeine politische Partizipation, und
 - formale Rechte versus Vorenthaltung der Ressourcen politischer Macht,
- kritisch hinterfragen und feldspezifisch prüfen, ob und inwieweit sie tatsächlich und eindeutig Prozesse der Demokratisierung zu befördern vermögen.

Literatur

- Alber, J./Kohler, U. 2008: The inequality of electoral participation in Europe and America and the politically integrative functions of the welfare state. WZB Discussion Paper (SP I 2008-202) unter <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/i08-202.pdf>
- Arbeitsgruppe „Präventive Jugendhilfe“ 1995: Zwischen Kundenorientierung und Fürsorge: Die Notwendigkeit einer stärkeren AdressatInnenorientierung in der Jugendhilfe. In: *Neue Praxis* (2), S. 118-132
- Arnstein S. R. 1969: A Ladder of Citizen Participation. In: *Journal of the American Planning Association* (vol. 35, no. 4), S. 216-224
- Babic, B. 2010: Zur Gestaltung benachteiligungssensibler Partizipationsangebote – Erkenntnisse der Heimerziehungsforschung. In: Betz, T./Gaiser, W./Pluto, L. (Hg.):

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach: Wochenschau-Verl., S. 213-230
- Balibar, É. 2006: Der Schauplatz des Anderen. Formen der Gewalt und Grenzen der Zivilität. Hamburg: Hamburger Ed
- Barnes, M. 1997: Care, communities, and citizens. London, New York: Longman
- Beckmann, Chr. 2009: Qualitätsmanagement und Soziale Arbeit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS
- Beresford, P./Croft, S. 2004: Die Demokratisierung Sozialer Arbeit: Vom Klienten als Objekt zum Nutzer als Produzent. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 24. Jg. (Heft 91), S. 17-43
- Betz, T./Gaiser, W./Pluto, L. 2010: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven. In: dies. (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach: Wochenschau-Verl., S. 11-31
- Bogumil, J. 2004: Bürgerkommunen als Perspektive der Demokratieförderung und Beteiligungsstärkung. In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit und soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden: VS, S. 113-122
- Böhnke, P. 2011: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: *APuZ* (1-2/2011), S. 18-25
- Bourdieu, P. 2001: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK
- 2001a: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Bundesjugendkuratorium [BJK] 2009: Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. unter http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk_2009_2_stellungnahme_partizipation.pdf
- Burdewick, I. 2005: Politische Partizipation – Jugend, Anerkennung, Pädagogik. In: Hafenecker, B./Jansen, M.M./Niebling, T. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. Opladen: Budrich, S. 95-120
- Carey M. 2009: The happy Shopper? In: *British Journal of Social Work* (39), S. 179-188
- Clarke, J./Newman, J./Smith, N./Vidler, E./Westmarland, L. 2007: Creating citizen-consumers. Changing publics & changing public services. London: Sage Publ.
- Cooke, B./Kothari, U. 2001: The Case for Participation as Tyranny. In: dies. (Hg.): Participation. The new tyranny? London: Zed Books, S. 1-15
- Croft, S./Beresford, P. 1992: The politics of participation. In: *Critical Social Policy* 12 (20), S. 20-44
- Crouch, C. 2004: Post-democracy. Reprint. Cambridge: Polity Press
- 2007: Kommerzialisierung von Staatsbürgerschaft. Bildungspolitik und die Zukunft des öffentlichen Dienstes. In: Mackert, J./Müller, H.-P. (Hg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies. Wiesbaden: VS, S. 167-212

- Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. 2010: Gemeinsinn in der Wettbewerbsgesellschaft? Thesen zu Theorie und Praxis einer nationalen Engagementpolitik. In: *Neue Praxis* 40. Jg. (1), S. 38-55
- Demirović, A./Walk, H. (Hg.) 2011: Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Dörre, K. 2011: Landnahme und soziale Klassen. Zur Relevanz sekundärer Ausbeutung. In: Thien, H.-G. (Hg.): Klassen im Postfordismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 113-151
- Gaiser, W./Rijke, J. de 2006: Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, M./Sarpei-Biermann, S./Gaiser, W./Rijke, J. de (Hg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden: VS, S. 213-276
- Gans, H.J. 1995: The war against the poor. The underclass and antipoverty policy. New York: Basic Books
- Giddens, A. (1983) 2000: Klassenspaltung, Klassenkonflikt und Bürgerrechte. Gesellschaft im Europa der achtziger Jahre. In: Mackert, J./Müller, H.-P. (Hg.): Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 183-205
- Gräser, M. 2009: Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und in Deutschland, 1880-1940. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Habermas, J. 1994: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Hafeneger, B. 2005: Beteiligung, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Hafeneger, B./Jansen, M.M./Niebling, T. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. 1. Aufl. Opladen: Budrich, S. 11-40
- Harris, J. 1999: State Social Work and Social Citizenship in Britain: From Clientelism to Consumerism. In: *British Journal of Social Work* 29, S. 915-937
- Henkel, H./Stirrat, R. 2001: Participation as Spiritual Duty; Empowerment as Secular Objection. In: Cooke, B./Kothari, U. (Hg.): Participation. The new tyranny? London: Zed Books, S. 168-184
- Hoecker, B. 2006: Politische Partizipation: systematische Einführung. In: dies. (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, S. 3-20
- Hurrelmann, K./Mathias, A. (Hg.) 2002: Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt/Main: Fischer
- Inin, E.F. 2008: Theorizing Acts of Citizenship. In: Inin, E.F./Nielsen, G.M. (Hg.): Acts of citizenship. London: Zed Books, S. 15-43
- Jobard, F. 2004: Der Ort der Politik. Politische Mobilisierung zwischen Aufstandsversuchung und Staatsgewalt in einer Pariser Vorstadt. In: *Berliner Journal für Soziologie* 14 (3), S. 319-338
- Jörke, D. 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: *APuZ* (1-2/2011), S. 13-18

- Kersting, N. (Hg.) 2008: Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS
- Kessl, F. 2000: Wiederentdeckung der Gemeinschaft? Zur Verschränkung der Diskurse Aktivierung neuer 'Gemeinschaftlichkeit' und 'Soziale Arbeit'. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 20. Jg. (76), S. 19-35
- Klein, A./Olk, T./Hartnuß, B. 2010: Engagementspolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk, T./Klein, A./Hartnuß, B. (Hg.): Engagementspolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS, S. 24-59
- Kronauer, M. 2006: „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte. In: Bude, H./Willisch, A. (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Ed., S. 27-45
- Laurberg, A. S. 2009: The right to participate: Setting up a national service user organisation in Denmark and negotiating issues of professionalization and representation. In: *Homeless in Europe* (Autum 2009), S. 10-12
- Lessenich, S./Nullmeier, F. 2006: Einleitung: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung. In: dies. (Hg.): Deutschland – eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt/Main: Campus, S. 7-27
- Lister, R. 1998: In from the Margins: Citizenship, Inclusion and Exclusion. In: Monica Barry und Hallett, Chr. (Hg.): Social exclusion and social work. issues of theory, policy and practice. Lyme Regis: Russell House, S. 26-38
- Mackert, J. 2006: Staatsbürgerschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS
- Marshall, T.H. 1975: Social policy in the twentieth century. London: Hutchinson
- 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/Main: Campus
- Mouffe, C. 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Nolte, P. 2011: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: *APuZ* (1-2/2011), S. 5-12
- Olk, T. 1986: Abschied vom Experten. Sozialarbeit auf dem Weg zu einer alternativen Professionalität. München: Juventa
- Olk, T./Otto, H.-U./Backhaus-Maul, H. 2003: Soziale Arbeit als Dienstleistung – Zur analytischen und empirischen Leistungsfähigkeit eines theoretischen Konzepts. In: Olk, T./Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegungen, Entwürfe und Modelle. München: Luchterhand, S. IX-LXXII.
- Olk, T./Roth, R. 2007: Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ; Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung
- Pfaff, N. 2006: Jugendkultur und Politisierung. Eine multimethodische Studie zur Entwicklung politischer Orientierungen im Jugendalter. Wiesbaden: VS

- Pluto, L. 2010: Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe. Empirische Befunde zu einem umfassenden Anspruch. In: Betz, T./Gaiser, W./Pluto, L. (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl., S. 195-211
- Pluto, L./Gragert, N./Santen, E. Van/Seckinger, M. 2007: Kinder- und Jugendhilfe im Wandel. Eine empirische Strukturanalyse. München: DJI Verl.
- Pollitt, Chr. 1998: Improving the Quality of Social Services: New Opportunities for Participation? In: Flösser, G./Otto, H.-U. (Hg.): Towards more democracy in social services. Models and culture of welfare. Berlin: de Gruyter, S. 339-356
- Rancière, J. 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Rasmussen, C.; Brown, M. 2002: Radical Democratic Citizenship: Amidst Political Theory and Geography. In: Isin, E.F./Turner, B.S. (Hg.): Handbook of citizenship studies. Los Angeles: Sage, S. 175-188
- Roth, R. 2010: Engagementförderung als Demokratiepoltik: Besichtigung einer Reformbaustelle. In: Olk, T./Klein, A./Hartnuß, B. (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS, S. 611-636
- Rucht, D. 2006: Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungen und Einflussfaktoren. In: Hoecker, B. (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, S. 184-208
- Rucht, D./Baumgarten, B./Teune/S. 2010: Pressekonferenz 27.10.2010, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010. unter <http://wirsindstuttgart21.de/wp-content/uploads/2010/11/Befragung-S21.pdf>
- Sachße, Chr./Tennstedt, F. 1992: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland 3. Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer
- Schaarschuch, A. 2000: Gesellschaftliche Perspektiven sozialer Dienstleistungen. In: Müller, S./Sünker, H./Olk, T./Böllert, K. (Hg.): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Neuwied: Luchterhand, S. 165-177
- 2008: Vom Adressaten zum „Nutzer“ von Dienstleistungen. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hg.): Soziale Arbeit in Gesellschaft. Wiesbaden: VS, S. 197-204
- Schäfer, A. 2010: Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung? (BBE-Newsletter, 2010/4). www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/02/nl4_schaefer.pdf
- Schneekloth, U. 2010: Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Albert, M./Hurrelmann, K./Quenzel, G./TNS Infratest Sozialforschung (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt/Main: Fischer, S. 129-164
- Seelmeyer, U. 2008: Das Ende der Normalisierung? Soziale Arbeit zwischen Normativität und Normalität. Weinheim: Juventa

- Steinbrecher, M. 2009: Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden: Nomos
- Steinert, H. 2007: Sozialstaat und soziale Ausschließung. In: Mackert, J./Müller, H.-P. (Hg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies. Wiesbaden: VS, S. 147-165
- Stern, M. J. 2000: Surveillance or Empowerment? The Contradiction of Welfare Reform in the USA. In: Müller, S./Sünker H./Olk, T./Böllert, K. (Hg.): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Neuwied: Luchterhand, S. 187-207
- Sünker, H. 2002: Demokratie, Partizipation und politische Sozialisation. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 22. Jg. (85), S. 7-17
- Sünker, H./Swiderek, T./Richter, E. 2005: Der Beitrag partizipativer Handlungsansätze in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zur Bildung und Erziehung – unter Berücksichtigung interkultureller Konzepte. Expertise zum 8. Kinder- und Jugendberichts der Landesregierung NRW.
- Thompson, D. F. 1970: The democratic citizen. Social science and democratic theory in the 20th century. Cambridge: Cambridge Univ. Press
- Tully, C. J. 2008: Option und Praxis freiwilligen Engagements. Ansatzpunkte und Muster für Partizipation Jugendlicher in der Moderne. In: *Neue Praxis* 38. (5), S. 477-493
- Verba, S.; Schlozmann, K. L.; Brady, H. E. 1995: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, Mass.; London: Harvard Univ. Press
- Vester, M. 2009: Soziale Milieus und die Schiefen politischer Repräsentation. In: Linden M./Thaa, W. (Hg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden: Nomos, S. 21-59
- 2011: Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“? Vom informationstechnologisch-neoliberalen zu einem ökotechnologisch-sozialen Entwicklungspfad. In: *SLR* 34. Jg. (62), S. 79-95
- Wagner, T. 2008: Die Politik der Sozialen Arbeit. Überlegungen zur politischen Produktivität Sozialer Arbeit jenseits des Mandatsbegriffs. In: *Neue Praxis* 38 (6), S. 631-644
- 2009: Citizenship, Soziale Arbeit und Soziale Klassen. Von der politischen Produktivität des Bürgers in der Sozialen Arbeit. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 30. Jg. (112), S. 23-42.
- Wagner, T./Bain, K./Schaarschuch, A. 2011: Zur politischen Produktivität des Citizenship in der Sozialen Arbeit. Adressatenkonzepte in der Sozialen Arbeit zwischen Staatsbürgerqualifikationsarbeit und Entbürgerlichung. In: DGfE-Kommission Sozialpädagogik (Hg.): Bildung des Effective Citizen – Sozialpädagogik auf dem Weg zu einem neuen Sozialentwurf? Weinheim; München: Juventa
- Walther, A. 2010: Partizipation oder Nicht-Partizipation? Sozialpädagogische Selbstvergewisserung eines scheinbar eindeutigen Konzepts zwischen Demokratie, sozialer Integration und Bildung. In: *Neue Praxis* 40. Jg. (2), S. 115-136

- Weber, J. 2009: Begeisterung für die Macht als politische Grundhaltung. Ein Gegenentwurf zur deutschen Rezeption von Empowerment. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 30. Jg. (112), S. 7-22
- Weixner, B. M. 2006: Direktdemokratische Beteiligung in Ländern und Kommunen. In: Hoecker, B. (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, S. 100-132
- Wendt, W. R. 2008: Geschichte der sozialen Arbeit 2. Die Profession im Wandel ihrer Verhältnisse. Stuttgart: Lucius & Lucius (UTB)
- Weßels, B. 2008: Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen Mannheim und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 391-396

Thomas Wagner, Fachbereich: Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein.

E-mail: thomas.wagner@fb-ludwigshafen.de

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

295 Zukunft aus der Vergangenheit?

Zum künstlerischen und kulturellen Erbe der DDR

- | | |
|--|--|
| I. HAMMER: Mattheuers Horizont | H.-C. STILLMARK: Ende des Geschichtsdramas |
| M. BIRCKEN & F. HAUG: Erinnerungen an Christa Wolf | U. SCHRÖTER: Das Wunder drüben waren die Frauen |
| D. SCHLENSTEDT: Volker Brauns neue Erzählung »Die hellen Haufen« | D. X. NOACK: Muammar al-Gaddafi – Ende eines Herausforderers |
| V. BRAUN: Die Mansfelder Artikel | M. PAETAU: Piraten am Kreuzweg der Wissensordnung |
| K. H. GÖTZE: Gespräche mit dem toten Heiner Müller | H. SANDER: Der Republikanische Klub: Ein Ort mit Dichte |
| D. KANNAPIN: Die Gegenwärtigen. DDR-Bild verfehlt | D. DEHM: Franz Josef Degenhardt |
| R. ULLRICH: Zur Geschichte des Theaters der DDR | |

Einzelheft 12 € ; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand
 Abo & Versand · versand-argument@t-online.de Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold
 Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe
 Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270 Tel: +49-(0)721-7501-438 · argument@inkrit.org

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

61

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis,
G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog,
H. Schäppi, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder,
P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

Diskussion

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik
C. Goll: Gewalt gegen Frauen
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

216 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch